

Vorläufige Gedanken zu Corona, Klima und Nachhaltigkeit

Corona, Klima und Nachhaltigkeit – wichtige Themen, die in dieser Konstellation auch für uns völliges Neuland sind. Dennoch haben wir darüber diskutiert und unsere Gedanken niedergeschrieben, die wegen der besonderen Situation eben nur „vorläufig“ sein können. Sie sind für die Kolumne „Umwelt und Nachhaltigkeit“ ungewöhnlich lang geraten. Auf die Gefahr hin, dass wir uns vielleicht (noch) zu allgemein ausdrücken und Bekanntes wiederholen: Es geht uns einerseits um das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft, Kommunen und Verwaltung sowie Nachhaltigkeit und Umwelt andererseits. Das Finden eines angemessenen Verhältnisses in der „Nach-Corona-Zeit“ wird eine Herausforderung für uns alle werden.

I. Zustandsbeschreibung

Das Wirtschaften und Arbeiten in Deutschland wurde auf allen Ebenen auf ein notwendiges Erhaltungsniveau „heruntergefahren“ und ist damit in vielen Fällen zum Erliegen gekommen. Selbst „Defender 2020“, die größte Militärübung seit dem 2. Weltkrieg in Europa, ist wegen Corona abgesagt worden. Das gesellschaftliche Leben wird von Kontaktsperrern und sozialer Distanz bestimmt, wodurch wir uns mit neuen Aufgaben (von Schulunterricht bis Homeoffice) vertraut machen müssen. Der Verkehr (insbesondere der Luftverkehr) hat sich stark verringert, Videokonferenzen ersetzen Treffen, zu denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sonst per Flugzeug angereist sind. Der politische Betrieb im Bund und in den Ländern zeigt, wie flexibel Vorschriften, Regeln, Überzeugungen und Versprechen gehandhabt werden können.

II. Neuland für alle

Eine solche Situation war bis Mitte März 2020 nicht vorstellbar. Sie ist in der Geschichte der Bundesrepublik neu und somit ohne Handlungsvorbilder.

Erinnerungen an die beiden autofreien Sonntage in den 70er Jahren können allenfalls das bekannte Gefühl von der Erstmaligkeit eines Ereignisses wachrufen. Die Katastrophe von Tschernobyl 1986 kann bei denjenigen, die sie erlebt haben, an die länger andauernde Unsicherheit und das Gefühl der Ohnmacht erinnern. Selbst beide Erinnerungen zusammen reichen nicht aus, um die jetzige Situation in ihrem Ausmaß ausreichend begreifen zu können.

Die Corona-Krise macht deutlich, welche gesellschaftlichen Strukturen, Orientierungen und Institutionen sich auch unter großer Belastung bewähren und langfristig bestandsfähig, besonders wichtig und nachhaltig oder auch verzichtbar sind.

Als besonders wichtig erweisen sich jetzt ein vorausschauend angelegtes, nachhaltiges Gesundheitssystem, ausreichend vorgehaltene Kapazitäten im Pflegebereich und verkürzte Lieferketten, etwa bei Medikamenten. Ihre Produktion muss auch in Europa und Deutschland noch hinreichend vorhanden sein. Die Versorgungssicherheit darf nicht für die Ökonomisierung geopfert werden. Generell dürfen die gesellschaftliche und die staatliche Vorsorge sowie die Infrastruktur nicht aus ökonomischen Gründen zu sehr beschnitten werden. Eine ausreichende Vorsorge für Krisen, aber auch für eine gut funktionierende Gesellschaft, braucht sowohl entsprechende Regeln und Institu-

tionen als auch einen leistungsfähigen Staat. Dieser ist, so zeigt sich jetzt, in der Vergangenheit unter dem Motto „schlanker Staat“ und „privat vor Staat“ zu sehr abgebaut worden.

Als entbehrlicher als bisher von vielen gedacht, erweist sich vor allem der so umweltschädliche Flugverkehr. In der EU ging die Zahl der Flüge (nach Angaben der EU-Kommission) um etwa 90 % zurück.

Als flexibler als gedacht haben sich auch einige rechtliche und politische Überzeugungen erwiesen. Neoliberale Elemente des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und die große Betonung von wirtschaftlicher Freiheit und Wettbewerbsorientierung zu Lasten des gesellschaftlichen Gemeinwohls verlieren in der Krise an Überzeugungskraft und Gewicht. Ihre destruktive Potenz wird schnell deutlich, wenn die Preise von lebenswichtigen Schutzanzügen, Gesichtsmasken und Desinfektionsmitteln sich schlagartig erhöhen oder sich Firmen aus ökonomischen Gründen weigern, ihre Produktion um Beatmungsgeräte zu erweitern. Dabei zeigt sich, wie das Beharren auf Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit bei Krisen sowie unter dem Gesichtspunkt des nachhaltigen Handelns völlig dysfunktional sein kann.

III. Pandemie

Die Corona-Pandemie ist ein „dynamisches Geschehen“, so die gängige Beschreibung für: Was heute gilt, kann morgen schon ganz anders sein. Verständlich also, dass Corona alle anderen Themen aus den Schlagzeilen verbannt hat und den größten Raum in allen Medien einnimmt. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Klimawandel nach wie vor akut ist, uns und die Erde gefährdet und weiter fortschreitet. Wissenschaftler haben einen Zusammenhang zwischen der Erderwärmung und der Zunahme von Epidemien in der Welt festgestellt. So hat das Robert Koch-Institut schon 2018 vor einer neuen Pandemie gewarnt, die durch den Klimawandel begünstigt werde.

IV. Corona-Krise und Nachhaltigkeit

Die Einschränkungen, die wegen der Corona-Krise gelten, haben zwei Seiten. Ein cursorischer Blick auf die drei Bereiche von „Nachhaltigkeit“ zeigt folgende Befunde:

- Ökologisch:

Corona hat es geschafft, dass Industriegebiete in China und Italien plötzlich frei von Smog sind; dass in den Kanälen von Venedig von kristallklarem Wasser berichtet wird und dass sich das Verkehrsaufkommen insgesamt drastisch reduziert hat. Kaum noch Flugverkehr, weniger Kreuzfahrten, freie Autostraßen, mehr Radverkehr und entsprechend weniger CO₂-Emissionen. Deutschland wird laut Bundesumweltministerium angesichts des aktuellen Rückgangs der Emissionen seine Klimaziele für das Jahr 2020 erreichen.

Gleichzeitig ist Corona aber nicht der Retter des Klimas. Diese Effekte werden nach Beendigung der Krise zum größten Teil wieder verschwinden, wenn wir nicht zu erhalten versuchen, was möglich ist.

Die Klimavorhersagen des Deutschen Wetterdienstes bleiben alarmierend: unser Wasser-

Fuß-Abdruck (vom direkt und virtuell verbrauchten Wasser) ist immer noch viel zu hoch – sowohl für Produkte als auch für Unternehmen und Länder; der isländische Gletscher Okjökull ist „tot“; die Zahl der Vögel geht drastisch zurück und die Heuschreckenplage in Ostafrika und Pakistan, die in dieser Dimension auch Resultat der Klimaerwärmung ist, könnte große Hungersnöte zur Folge haben.

- Ökonomisch:

Corona hat es geschafft, dass die Wirtschaft in einem bisher unvorstellbaren Maße geschrumpft ist; dass die Kurse an den Börsen stärker als in der Lehmann-Krise eingebrochen sind; dass das Brutto sozialprodukt messbare Verluste in Milliardenhöhe erfährt; dass Millionen Menschen ihren Job verlieren oder auf Kurzarbeit gesetzt werden; dass vor allem kleine Unternehmen und Start-Ups zusammenbrechen und der Konsum-Alltag in den Städten fast auf Null geschaltet worden ist. Gleichzeitig ist klar, dass der Kapitalismus nicht von Corona besiegt worden ist, sondern sich lediglich vor der globalen Infektionsgefahr zurückzieht und weiß, dass die Grenzen für die Menschen dicht gemacht werden können, aber nicht für den Waren- und Kapitalverkehr.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die geplanten Finanzhilfen (von über 600 Milliarden Euro) für die Wirtschaft auch Klima- und Umweltaforderungen berücksichtigen. So ruft der UN-Generalsekretär dazu auf, bei den Bemühungen um die Erholung der Wirtschaft die UN-Ziele für Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu berücksichtigen. Auch der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, weist darauf hin, dass man jetzt eine historische [Chance habe, um schmutzige Investitionen zu reduzieren und die Energiewende zu beschleunigen](#).

Der neue Chef des Umweltbundesamtes (UBA), Dirk Messner, fordert im gleichen Sinne, Konjunkturpakete sollten „grün“ sein und den Klimaschutz voranbringen, etwa durch eine Förderung der Infrastruktur für E-Autos, ökologische Gebäudesanierung und mehr Energieeffizienz in der Industrie. Wichtig wäre auch in die notwendige Verkehrswende und in den Ausbau erneuerbarer Energien zu investieren.

- Sozial:

Corona hat es geschafft, ungeachtet aller digitalen Kommunikationsmöglichkeiten, den Menschen weltweit den Wert von sozialen Beziehungen nahezubringen. Großeltern, Eltern und Kinder spüren dies im Alltag und auch die Erwerbstätigen erleben Einschränkungen in ihren Berufen. Manche soziale, helfende und für Sicherheit sorgende Berufe können auf die Gesundheitsrisiken nur bedingt Rücksicht nehmen.

Gleichzeitig bleiben auch in dieser besonderen Ausnahmesituation die Unterschiede zwischen Arm und Reich sichtbar; zwischen dem Obdachlosen und dem mit einem sicheren Zuhause; zwischen den Flüchtlingen in den Lagern und den EU-Bürgerinnen und -Bürgern; zwischen den Industrieländern und denen, wo Krieg und Hunger beziehungsweise Mangel an Infrastruktur herrscht.

V. Die Rolle der Wissenschaft

Die Corona-Krise können wir nur bewältigen, weil sich alle Politikerinnen und Politiker weltweit dazu entschieden haben, der Wissenschaft beziehungsweise einem bestimmten Bereich der Wissenschaft zu glauben, nämlich der Virologie und der Epidemiologie. Es gibt keine Einschränkungen beim Vertrauen, die Entscheidungen orientieren sich an den Vorgaben der Expertinnen und Experten. Lassen wir einmal gewisse Uneinigkeiten unter Virologen und Epidemiologen beiseite, denn natürlich sind auch in der Wissenschaft unterschiedliche Meinungen, Forschungsergebnisse und deren Interpretation unvermeidlich.

Besonders interessant ist die Frage, warum die Politikerinnen und Politiker der Wissenschaft in Sachen Klimawandel dieses Vertrauen bisher nicht entgegengebracht haben, sondern die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel seit 50 Jahren nachlässig behandeln und zum Teil auch anzweifeln oder sogar leugnen. Darauf gibt es wohl noch keine verlässliche Antwort, allenfalls eine Vermutung: Der Klimawandel bedroht nicht alle Menschen gleich; es gibt Möglichkeiten, sich den Folgen (zumindest noch für eine begrenzte Zeit) zu entziehen. Das Corona-Virus hingegen kann alle Menschen individuell treffen.

VI. Was werden wir lernen?

Wie wird die Welt nach Corona aussehen und was werden wir lernen? Wird es ein Zurück zu unserem gewohnten Alltag geben? Gibt es Nachwirkungen in die eine Richtung (zum Beispiel mehr Entschleunigung, mehr Wertschätzung von Freizeit und Kontakten) oder in die andere (zum Beispiel mehr reisen, mehr konsumieren, mehr verbrauchen)? Werden die gestiegene Hilfsbereitschaft, die Solidarität und die Rücksichtnahme zukünftig erhalten bleiben? Ist ein Teil der Bevölkerung sensibler gegenüber den Schwachen oder sogenannten Randgruppen geworden? Werden die rechtlichen Einschränkungen wirklich wieder aufgehoben oder ist die Versuchung für die Politik zu groß, die Corona-Maßnahmen beizubehalten? Werden wir verstehen, dass es ohne Gesundheit keine funktionierende Wirtschaft geben kann oder wird die Privatisierung der Gesundheitssysteme weitergehen?

Auf jeden Fall müssen wir in der Zeit danach die richtigen Schlüsse aus der Krise ziehen. Vielleicht brauchen wir – wie Eva Illouz (SZ, 24.3.2020) schreibt – einen neuen Gesellschaftsvertrag, in dem der „Bluff des Neoliberalismus beim Namen genannt“ wird und das öffentliche Interesse wieder an erster Stelle der Politik stehen muss. Da die Welt unwiderruflich verflochten ist, werden wir eine „internationale Kooperation neuer Art brauchen“, schreibt Illouz und betont: „Vor allem werden wir den gewaltigen Reichtum, den private Akteure angehäuft haben, in öffentliche Güter reinvestieren müssen. Das wird die Voraussetzung dafür sein, dass wir noch eine Welt haben.“

Dr. Werner Glenewinkel/Prof. Dr. Erhard Treutner